

FRANK JUNGBLUTH

Pressesprecher

ANSCHRIFT Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

TELEFON 0511/3030-4011/13

FAX 0511/3030-4808

E-MAIL spdpreise@Lt.niedersachsen.de

INTERNET www.spd-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/spd.fraktion.niedersachsen
www.twitter.com/SPD_FraktionNDS

25.08.2016

Pressemitteilung Nr. 17/864

Schwarz und Glosemeyer: Kinderarmut wirksam bekämpfen – Grundsicherung einführen

Obwohl der Staat jährlich einen dreistelligen Milliardenbetrag für Familienleistungen aufwendet, lebt bundesweit jedes fünfte Kind in Armut und etwa jedes Sechste ist von SGB-II-Leistungen (Hartz IV) abhängig. Auch in Niedersachsen sind über 180.000 Kinder von Armut bedroht oder betroffen, vor allem aus Familien ohne Erwerbseinkommen oder mit Migrationshintergrund.

„Das ist eine untragbare Situation, die eines reichen Landes wie Deutschland unwürdig ist“, kritisiert der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Uwe Schwarz.

„Aus diesem Grund haben wir im Landtag einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem wir die Bundesregierung auffordern, den Kampf gegen Kinderarmut endlich entschlossen zu führen. Dazu haben wir drei konkrete Maßnahmen erarbeitet: Langfristig fordern wir dabei die Zusammenlegung aller staatlichen Leistungen der Kinderförderung wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Kinderfreibetrag zu einer einheitlichen

Kindergrundsicherung“, stellt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Uwe Schwarz klar.

Immacolata Glosemeyer, jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, ergänzt: „Dies würde sicherstellen, dass jedes Kind unabhängig vom Einkommen seiner Eltern die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhält. Die Notwendigkeit eines Systemwechsels in der Familien- und Kinderförderung wäre ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit in unserem Land.“

Glosemeyer und Schwarz sehen dringenden Handlungsbedarf im Kampf gegen Kinderarmut: „Der Bund muss die Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket sowie weitere Teilhabeleistungen so schnell wie möglich erhöhen“, fordern sie.

„Damit werden beispielsweise Mittagessen in der Schule, der Schulbedarf oder die Lernförderung bezuschusst. Mittelfristig sollte auch der Hartz-IV-Regelsatz für Kinder in einem angemessenen Umfang erhöht und die höchst unsinnige Praxis der Anrechnung des Kindergeldes auf SGB-II-Leistungen abgeschafft werden“, so die SPD-Abgeordneten.